

# Nulldefizit

"Wirtschafts- und Finanzkompetenz der SPÖ"

Landesrat Dr. Hermann Kepplinger

Promenade 37/2, A-4021 Linz

Tel. 0043 70 7720 Dw. 12040

LR.Kepplinger@ooe.gv.at

## 1. Vorab zu den öffentlichen Finanzen

Öffentliche Finanzen sind viel mehr, als eine einzige, aber dafür sehr magische Größe - das Budgetdefizit - erfassen kann.

Die öffentlichen Finanzen sind tatsächlich die sprichwörtliche "in Zahlen gegossene Politik".

Eine Frage ist allerdings, ob das Zahlenwerk nicht der Verschleierung einer volkswirtschaftlichen und politischen Realität dient, die sich hinter den Kulissen des potemkinschen Dorfes mit dem Namen Budget abspielt.

Um sich der vollen Bedeutung des Budgets bewusst zu werden, müssen wir uns einige Grundtatbestände bewusst machen:

Staatliche Aktivität von ihrer Planung bis zu ihrer Umsetzung erfordert nun einmal Finanzmittel. Es fällt sozusagen kein Manna vom Himmel.

Finanzmittel sind erforderlich sowohl

für auflagenintensive Maßnahmen des Staates, wo relativ geringen Administrationskosten relativ hohen privaten Kosten gegenüberstehen ("versteckter öffentlicher Bedarf"), als auch

für ausgabenintensive staatliche Maßnahmen, bei denen die Kosten überwiegend oder vollständig im öffentlichen Haushalt zu Buche schlagen.

Staatliche Maßnahmen zeigen stets Auswirkungen, und zwar in verschiedener Hinsicht (Genser/Holzmann 2001):

Sie beeinflussen die Entstehung von Einkommen und Vermögen.

Sie nehmen Einfluss auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Sie wirken sich oft auch langfristig aus, selbst wenn das oft nicht recht augenscheinlich ist.

Sie tragen Opportunitätskosten (Alternativkosten), d.h., ökonomisch sinnvoller Weise ist stets der Nachteil mit zu bedenken, dass die für eine bestimmte Verwendung eingesetzten Mittel für eine andere Verwendung nicht mehr zur Verfügung stehen.

Fehler des Unterlassens wirken sich folglich ebenso gravierend aus wie Fehler des Begehens.

Ein größeres Budget kann - im Vergleich zu einem kleineren Budget - die Opportunitätskosten reduzieren, wenn eine wirtschaftspolitisch zweckmäßige und effektive Maßnahme finanziert wird, oder aber erhöhen, wenn die finanzierte Maßnahme relativ unzweckmäßig oder ineffektiv auf die Volkswirtschaft wirkt.

Niedrigere Opportunitätskosten des Budgets bewirken - als Outcome - eine höhere Wohlfahrt für die gesamte Gesellschaft. Wir sprechen dann auch von einer größeren wirtschaftspolitischen Effizienz.

Staatliche Maßnahmen sind allerdings insofern problematisch:

Sie werden nicht auf einem kommerziellen Markt verkauft, sondern müssen zu Herstellkosten - statt zu Marktpreisen - bewertet werden.

Der Wert ihrer Auswirkungen - der gesellschaftliche Outcome - ist weitgehend eher subjektiv erfahrbar als objektiv messbar.

Der Wert ihres Outcome wird oft nicht sehr deutlich empfunden. An Gutes gewöhnen sich die Menschen rasch, an Schlechtes auch, nur etwas langsamer: Den Wert der Luft erkennt jeder erst, wenn sie schlechter wird oder gar wegbleibt.

Der Outcome staatlicher Aktivitäten ist zu nebulos, als dass er ihren gut dokumentierten Kosten in fairer Weise gegenüber gestellt wird.

Folglich wird viel eher von der Kostenkrankheit des öffentlichen Sektors als von seinen Leistungen und Ergebnissen gesprochen - und das, obwohl höhere Kosten nicht größere Verschwendung bedeuten müssen, sondern durchaus auch bessere Versorgung und Qualität.

In der Wirtschaftswissenschaft ist jede eine Expertin, jeder ein Experte. Wir wirtschaften ja selbst tagtäglich (Allan Budd 2004). Deshalb wird der öffentliche Haushalt sehr gern und oft mit einem privaten Haushalt oder mit einer auf Markterfolg angewiesenen Unternehmung verglichen und sogar gleichgesetzt.

Das mögen einige Beispiele illustrieren; nicht beide sind von Kabarettisten, beide sind aber kabarettistisch, also humorvoll und grotesk:

"Es geht immer darum, dass die Schulden nicht größer werden. Dabei find' ich es komisch, dass man sagt, die Schulden dürfen pro Jahr um so und so viel mehr werden. Wenn ich das meiner Bank sag', fragen die mich, ob ich deppert bin" (Roland Düringer, in: Der Standard, 16.02.2000).

"Mit den Budgets für 2001 und 2002 haben wir Ordnung gemacht. Wie eine ordentliche Hausfrau haben wir Ordnung im Haushalt gemacht" (Peter Westenthaler, in: Der Standard, 17.10.2000).

Dabei werden aber ganz leichtfertig die Grundprinzipien der modernen Finanzwissenschaft umschifft.

## **2. Moderne Finanzwissenschaft ist nicht nur, sonder zuletzt auch Finanzierungswissenschaft**

Die Finanzwissenschaft ist keinesfalls nur Finanzierungswissenschaft, sondern zuletzt auch Finanzierungswissenschaft der öffentlichen Hand. Sonst wäre die öffentliche Finanzwirtschaft (die öffentlichen Hände zusammen) nichts anderes und nicht mehr als die öffentliche Finanzverwaltung.

Seit den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts steht spätestens fest. Die moderne Finanzwissenschaft ist als Lehre von der staatlichen Aufgabenerfüllung zu verstehen. Man spricht von Functional Finance (z.B. Abba P. Lerner 1943).

Das bedeutet, dass der Staat überall dort als Hoheitssubjekt, dem die größtmögliche gesellschaftliche Wohlfahrt Zielsetzung ist, Aufgaben erfüllen muss, wo der Markt systematisch versagt.

Systematisches Marktversagen ergibt sich in viererlei Hinsicht:

Der Wettbewerb auf den Märkten liefert Ergebnisse, die vom gesamtgesellschaftlichen Standpunkt aus zu korrigieren sind: etwa durch eine allgemeine Wettbewerbsordnung, spezifische Regulierungen in besonders heiklen Märkten, Gewährleistung einer grundlegenden und erschwinglichen Daseinsvorsorge oder Verbot schädlicher Verfahren und Produkte, Förderung einer Wirtschaftsstruktur, die das Wachstum nachhaltig macht. Diese Aufgabe wird Allokationsfunktion genannt. Der Staat sorgt dafür - auflagen- oder ausgabenintensiv -, dass die Ressourcen Arbeit, Kapital und Umwelt so eingesetzt (allokiert) werden, dass das soziale Optimum weitestgehend angenähert wird.

Die Auslastung der verfügbaren Ressourcen Arbeit und Kapital lässt zu wünschen übrig: im Konjunkturtief mehr und im Konjunkturoch weniger. Von Vollbeschäftigung der Ressourcen kann nicht gesprochen werden. Also muss der Staat den Auslastungsgrad der Ressourcen auf einem möglichst hohen Niveau stabilisieren. So erfüllt er seine Stabilisierungsfunktion. Schon durch die Stabilisierung allein wird die Erreichung des Wachstumsziels gefördert (de Hek 1999).

Die Verteilung von Einkommen und Vermögen, wie sich auf den Märkten aus dem Wettbewerb um Einkommen und Vermögen ergibt, wird als machtvoller, unfair und somit ungerecht empfunden (z.B. Milan Zafirovski 2003). Möglichst gleiche Chancen am Start und während des Wettbewerbsprozesses um Einkommen und Vermögen sind einerseits vom Staat prophylaktisch zu schaffen. Andererseits muss der Staat die verzerrten Verteilungsergebnisse korrigieren. Er erfüllt damit seine Umverteilungsfunktion. Auch eine stärkere soziale Ausgewogenheit der Verteilung fördert unterstützt per se das Wachstumsziel, und zwar in zunehmendem Maß in reiferen Stadien der wirtschaftlichen Entwicklung (Galor/Moav 2004).

Viertens und letztens verfolgt der Staat ein sekundäres, abgeleitetes Ziel. Es leitet sich daraus ab, dass die primären Staatsfunktionen eins bis drei finanziert werden müssen. Bei der Erfüllung seiner Finanzierungsfunktion muss der Staat allerdings sich selbst treu bleiben: Er muss das Finanzierungssystem - Steuern, sonstige Abgaben wie Gebühren und Beiträge, aber auch Erlöse aus Wirtschaftstätigkeit und Einnahmen aus aufgenommenen Krediten - optimieren. Die Optimierung richtet sich dabei konsequent an den Primärzielen aus: effiziente Allokation der Ressourcen, Vollbeschäftigung der Ressourcen und möglichst gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen.

Aus all dem folgt, dass Budgetziele keine Oberziele sind, sondern Zwischenziele mit Instrumentalcharakter auf dem Weg zur Realisierung der Oberziele nachhaltiges Wachstum, Vollbeschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit.

Nicht umsonst (im Sinn von "nicht ohne Grund") meinte der berühmte österreichische Ökonom Joseph Alois Schumpeter - und er sagte es als erfolgloser Finanzminister wohl umsonst (im Sinn von "vergeblich"):

"Die Finanzen sind einer der besten Angriffspunkte der Untersuchung des sozialen Getriebes, besonders, aber nicht ausschließlich, des politischen" (Joseph Alois Schumpeter, Die Krise des Steuerstaates, Graz 1918).

Lassen wir uns nicht täuschen, wenn Budgetziele verabsolutiert werden: Es stecken strategische Interessen einzelner, mächtiger Interessengruppen dahinter. Manch einer versteigt sich zur Aussage, dass - ganz im Gegensatz zu den oben skizzierten Grundprinzipien der Finanzwissenschaft - das Budget ein Ziel an sich ist, das zu erreichen allein schon die Reputation Österreichs in der Staatengemeinschaft gebietet:

"Die Firma Österreich soll durchleuchtet werden... Es darf nicht sein, dass ein Drittel der EU-Mitglieder Budgetüberschüsse erzielen, wir das aber nicht zusammenbringen" (Christoph Leitl, in: Der Standard, 13. 12. 1999, S. 17). Auch Leitl ist wie eine tüchtige Hausfrau, aber als Politiker weiß er, wie er die Schäfchen seiner Klientel ins Trockene bringt. Wir wissen ja: Budgets haben ihre Auswirkungen, auch in Form von unterlassenen Staatseinnahmen und -ausgaben, und auch Budgetkonsolidierung kann die Opportunitätskosten steigern, d.h., die gesellschaftliche Wohlfahrt senken.

Eine Antwort gab dem Industriellenvertreter Christoph Leitl ein Doyen der modernen Finanzwissenschaft - Evsey Domar - schon in den 1940ern:

"Wenn all die Leute, die sich um die Entwicklung der Staatsverschuldung sorgen, diese eine Zeitlang vergessen könnten und nur die Hälfte dieser Gedankenarbeit auf Möglichkeiten gerichtet wäre, ein Wachstum des Sozialprodukts zu erreichen, wäre der

Beitrag dieser Leute zum Wohl der Menschheit - und zur Lösung des Verschuldungsproblems - ein wesentlich größerer" (Ephsey D. Domar, The "Burden of Debt" and the National Income, in: American Economic Review, 1944, S. 798).

Diese Aussage beinhaltet aber auch die vorrangige Herausforderung, die öffentlichen Finanzen funktional zu optimieren, und nicht bloß die Verehrung des Goldenen Kalbes Budget zu kritisieren.

Angesichts der zuvor schon angesprochenen methodischen Probleme ist dies im Konkreten alles Andere als einfach. Daher soll bei jeder budgetären Entscheidung die Trojka Wachstum - Vollbeschäftigung - Verteilungsgerechtigkeit vor Augen stehen.

Für alternative ÖkonomInnen, die als Alternative außerhalb des liberal-konservativen Mainstream stehen, ist dieses magische Zieldreieck insofern nicht magisch, als die drei Ziele einander fördern statt sich teilweise zu widersprechen. Dies gilt insbesondere für den Zusammenhang, dass eine gleichere Verteilung das Wachstum und die Beschäftigung fördert.

### **3. Betriebswirtschaftliches Investitionskalkül privater Projekte**

Für Studierende der Wirtschaftswissenschaften wird es spätestens im ersten Semester klar: Investitionen von gewinnorientierten Unternehmen müssen, selbst wenn es schwierig ist, möglichst genau kalkuliert werden. Und zwar aus zwei Gründen:

Investitionen in Sach- oder Humankapital binden Finanzmittel bzw. Finanzierungspotenziale der Unternehmung über längere Zeit.

Wenn die Rendite (das ist der Gewinn in Relation zum eingesetzten Kapital) nicht geklärt ist, können die verfügbaren Alternativen an Investitionen nicht verglichen werden. Das bedeutet, dass die Opportunitätskosten nicht minimiert und die ökonomische Effizienz nicht maximiert werden kann - zumindest nicht systematisch, sondern höchstens zufällig.

Also werden, so anspruchsvoll dies auch ist, für alle künftigen Perioden der Lebensdauer des Investitionsgutes die erwarteten Erlöse eingeschätzt.

Von den Erlösen werden jeweils alle zu erwartenden Kosten - Wiederbeschaffungskosten, laufende Produktionskosten und Finanzierungskosten - abgezogen.

Die so ermittelten Gewinne, die für die diversen Zukunftsperioden erwartet werden, müssen dann noch zeitlich vergleichbar gemacht werden. D.h., die erwarteten Gewinne werden mit Hilfe eines geeigneten Zinssatzes auf ihren Wert zum gegenwärtigen Zeitpunkt herunter gerechnet (abdiskontiert).

Und schließlich werden diese Gewinne zum eingesetzten Kapital (meist dem qualifizierten Wiederbeschaffungswert des Investitionsgutes) in Relation gesetzt.

Ein solches dynamisches Investitionskalkül entscheidet über den Erfolg der Unternehmung am Markt ganz wesentlich.

Ist sich die Unternehmung in der Einschätzung der Zukunft sehr unsicher, muss sie dennoch eine notgedrungen subjektiv gefärbte, für sie aber doch am ehesten stimmige Einschätzung vornehmen. Insofern schlägt dann die - relativ stark subjektivierte - strategische Unternehmenspolitik bestimmend auf die unsicheren Investitionsrechnungen durch.

Der sechste Sinn der UnternehmerInnen - die Animal Spirits, wie John Maynard Keynes sie nannte - sind hierbei gefordert, geschätzt und bewundert. Joseph Alois Schumpeter und seine Nachfolger sehen im risikobereiten, innovativen Unternehmertum den Schlüssel für nachhaltiges Wohlfahrtswachstum der Gesellschaft (z.B. Federico Etro 2004) und prangern demgegenüber das bloße Sicherheits-, Imitations- und Herdenverhalten vieler Unternehmen an: Jonas Ridderstrale und Kjell Nordström (2002) nennen den Imitationswettbewerb Karaoke-Kapitalismus (wie zuletzt prominent geworden in Der Standard - online, 02.11.2004, 11:18 MEZ).

Dieses Sicherheitsverhalten ist auch kein Wunder, sind doch Komplexität und Unsicherheit unregelter Märkte heutzutage die Herausforderung Nummer eins an die Wirtschaft ("Make It Simple": The Economist, 03.11.2004, [www.economist.com/printedition/displayStory.cfm?Story\\_ID=3307363](http://www.economist.com/printedition/displayStory.cfm?Story_ID=3307363)).

#### **4. Volkswirtschaftliches Investitionskalkül öffentlicher Projekte**

Wenn nun aber auf gesamtwirtschaftlicher Ebene der Staat als wirtschaftspolitisch Verantwortlicher ein Investitionskalkül anstellen soll, also gesellschaftliche Nutzen (anstelle von Markterlösen) und gesellschaftliche Kosten (zusätzlich zu den Marktkosten) kalkulieren soll, geschieht manch Seltsames:

Man "vergisst" auf das Instrument der Investitionsrechnung.

Man traut dem Staat als dem einzigen prädestinierten "gesamtwirtschaftlichen Unternehmer" keine Fähigkeiten zu. Vielmehr fragt man jene, welche wirtschaftliche statt wirtschaftspolitische Kompetenz besitzen, nämlich einzelwirtschaftliche Unternehmer (à la Claus Roidl) um Rat, wie der Staat zurückgedrängt werden soll. Der Staat soll dann demnach nur mehr die Einzelunternehmen im Auge haben statt der gesamten Gesellschaft. Das ist typisch für den ökonomischen Liberalismus (Ewald Nowotny 1996).

Hauptsächlich die konservativen und liberalen Regierungen, aber auch sozialdemokratische, üben sich in einer Budgetpolitik ganz im Sinn des Karaoke-Kapitalismus:

Es sei ja alles so kompliziert, dass man ja nichts genau ausrechnen könne.

Man solle doch bloß keine Fehler machen und daher wirtschaftspolitisch möglichst wenig unternehmen, und auch nur das tun, was sich auf betriebswirtschaftlicher Ebene gut sichtlich und leicht messbar auswirkt.

Das, was die Unternehmen in ihren, nicht messen können und dem subjektiven Geschick der ManagerInnen überantwortet wird, darf vom Staat nicht durch Ideologien ausgefüllt werden, ansonsten müsse man es als parteipolitisch motiviert dequalifizieren.

Vielmehr ahme man am Besten die anderen Regierungen nach, die darin ihr größtes Bestreben sehen, die Budgetdefizite auf null zu bringen.

## **5. Budgetdefizite**

Vom normativen Standpunkt der Finanzwissenschaft aus sind Budgetdefizite das Ergebnis einer volkswirtschaftlichen Investitionsrechnung.

Natürlich entstehen Finanzierungskosten, die ihrerseits den Budgetspielraum verengen und wiederum Opportunitätskosten entstehen lassen. Doch das ist mit jedem Mitteleinsatz der Fall: im privaten wie im öffentlichen Sektor.

Im Wesentlichen geht es stets darum, die Opportunitätskosten zu minimieren, also die jeweils beste Alternative der Mittelverwendung zu suchen und anzustreben.

Selbst wenn der Menschen irren mag, solange er strebt: Es führt kein Weg um eine möglichst fundierte Entscheidung herum. Unfundierte Enthaltensamkeit im Mitteleinsatz führt in der Wirtschaft wie in der Politik zum Misserfolg.

Daher dürfen Mittelverwendungen im privaten Sektor gegenüber Mitteleinsätzen im öffentlichen Sektor keineswegs systematisch diskriminierend bevorzugt werden. Budgetzahlen sind Mittel zum politischen Zweck und nicht politische Ziele an sich. Budgetziele haben keinen intrinsischen Wert - außer dem guten Gefühl, das der Sphäre des privaten Haushalts entstammt, keine weiteren Defizite einzugehen oder überhaupt gar keine Schulden mehr machen zu wollen.

Die so wichtige Richtung der Ziel-Mittel-Beziehung - eben wohlfahrtsrelevante Ziele und budgetwirksame Mittel zur Erreichung dieser Ziele - gilt auch für die öffentlichen Schulden.

## **6. Staatsschulden**

Der private Haushalt bekommt - in Gestalt einer Person - nur einen Kredit, wenn die Person so eingeschätzt wird, dass sie

die Schulden samt Zinsen in ihrer vermutlichen Restlebensdauer zurückzahlen kann oder

ihr Vermögen so groß ist und daher ihre Erben so reich sind, dass diese Kapital und Zinsen tilgen können.

Der Staat ist aber anders. Er hat

- sowohl eine relativ lange, theoretisch unbegrenzte Lebensdauer als auch
- ein hinreichend hohes Vermögen, in das auch das Hoheitsrecht der Steuererhebung einzurechnen ist.

Ein Staatsbankrott ist in der Regel unwahrscheinlich - jedenfalls weit unwahrscheinlicher als der Bankrott eines Privathaushalts und einer Privatunternehmung. Folglich ist der Staat der vergleichsweise beste Schuldner.

Wenn heutzutage sich die Finanzmärkte immer weiter diversifizieren und ausdehnen, so geschieht dies im Wettbewerb zwangsläufig in Richtung höherer Renditen, aber auch höherer Risiken und Instabilität. Und das destabilisiert die Gütermärkte mit entsprechend ungünstigen Rückwirkungen auf die Finanzmärkte (James Crotty 2003). Nur der regulierende Staat und die betriebliche Mitbestimmung der privat Beschäftigten könnten diese Instabilitäten dämpfen (Christian Weller 2003).

Abgesehen von der Regulierungsaufgabe des Staates auf den Märkten (im Rahmen seiner Allokations- und Stabilisierungsfunktion) stellen Staatsschulden Vermögenswerte für private FinanzanlegerInnen dar, die ihr Finanzverhalten auf sicheren Ansparen statt auf hoch riskante und potenziell hoch profitable Spekulationsgewinne ausrichten.

Mit einem entsprechend hohen Angebot an Staatsanleihen trägt der Staat zu einer sicheren Finanzvermögensbildung in Privathand bei und macht auch auf diese Weise seine Hausaufgaben im Rahmen seiner Verteilungsfunktion. Von besonderer und steigender Bedeutung ist dies in Zeiten, in denen (übrigens ohne Not) die Altersvorsorge immer stärker dem Kapitaldeckungsverfahren und immer weniger dem Umlageverfahren überantwortet wird.

Nicht umsonst gab es in Großbritannien bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts Consols: Staatspapiere mit unendlich langer Laufzeit. Ihr Vorteil war ein doppelter:

Der Staat brauchte sich nicht um die Umwandlung jeder seiner auslaufenden Verbindlichkeiten in neue Kredite (Revolvieren der Kredite) kümmern.

Die Privaten hatten ein sicheres Anlegemedium, aus dem sie regelmäßig und sicher Zinsenzahlungen lukrieren konnten.

Darin liegt die große volkswirtschaftliche Bedeutung eines entsprechend hohen langfristigen Bestands an Staatsanleihen.

## **7. Nulldefizit in der kurzen, mittleren und langen Sicht**

Unter dem Regime des mittelfristigen Budgetausgleichs sind

Budgetdefizite kurzfristig nur gerechtfertigt, wenn das Wachstum von Produktion und Einkommen unter dem mittelfristigen Trend liegt.

Ein Nulldefizit würde sich dann ergeben, wenn im betreffenden Jahr die Wirtschaftsentwicklung zufällig genau im mittelfristigen Trend läge.

Budgetdefizite würden zum einen automatisch entstehen, wenn die Wirtschaftslage schlechter ist als im mittelfristigen Trend, weil - konjunkturell bedingt - Steuereinnahmen unterdurchschnittlich und Sozialausgaben überdurchschnittlich ausfallen.

Budgetdefizite könnten und sollten - über die automatischen Konjunkturstabilisierungswirkungen des Steuer- und Sozialsystems hinaus - auch durch aktive Maßnahmen der Budgetpolitik zur Belebung der schlechten Konjunktur eingesetzt werden.

Budgetdefizite in schlechten Konjunkturlagen wären durch Budgetüberschüsse in guten Konjunkturlagen auszugleichen (mittelfristiger Budgetausgleich über den Zyklus).

Ein ständiges Nulldefizit wäre wirtschaftspolitischer Nonsens, müsste doch die Regierung aktiv die automatischen Stabilisierungswirkungen des Steuer- und Sozialsystems neutralisieren. Das wäre dann Konjunkturverstärkungs- oder Destabilisierungspolitik. Jede Budgetkonsolidierung während einer Konjunkturkrise wäre so gesehen kontraproduktiv und schädlich (siehe Grassers erstes und zweites Nulldefizitziel).

In der mittleren Frist - über einen Konjunkturzyklus hinaus - spricht jedoch auch etwas für Budgetdefizite.

Wenn zwar die Produktions- und Einkommensentwicklung im Trend liegt, gleichzeitig aber die Arbeitslosenquote zunimmt, kann mittelfristig zusätzliche Staatsnachfrage nach Gütern notwendig sein, um das Wachstum zumindest auf die so genannte normale Wachstumsrate anzuheben, bei der die Arbeitslosenquote zumindest stabil bleibt. Denn aus Gründen der Entwicklungen in der Wirtschaftsstruktur, Produktivität und im Arbeitskräftepotenzial kann die normale Wachstumsrate der Wirtschaft ansteigen, so dass das aktuelle Wachstum nicht mehr hinreicht, um die Arbeitslosigkeit im Zaum zu halten (Olivier Blanchard 2003).

Wirtschaftliche Strukturprobleme benötigen zu ihrer Lösung Zeit - Zeit, damit der Strukturwandel ohne größere und längere Beschäftigungseinbußen stattfinden kann. Und der Zeitbedarf zur vorübergehenden Abfederung und tragfähigen Lösung von Strukturproblemen ist nicht auf einen Konjunkturzyklus zu beschränken.

Selbst wenn der Strukturwandel in der Produktion rasch vor sich geht, braucht der Arbeitsmarkt längere Zeit, sich von diesem Schock zu erholen, so dass alle Arbeitskräfte auf einem ihrer (vielleicht auch neuen) Qualifikation gemäßen Arbeitsplatz Beschäftigung finden (z.B. Knut Rød ed 1997, Gadi Barlevy 2002, Ward Thomas und Paul Ong 2002). Dies gilt nicht nur für angebotsseitige Strukturschocks, sondern sogar auch für bloß nachfrageseitige Konjunkturschocks (Michael Pries 2004).

Langfristig betrachtet gibt es zumindest ein Argument für - permanente - Budgetdefizite:

Denn eine Politik der Nulldefizite in den öffentlichen Haushalten würde immerhin bedeuten, dass die aushaftenden Staatsschulden zwar absolut konstant bleiben, während sie aber relativ zum kontinuierlich wachsenden Volkseinkommen und der mit ihm mitwachsenden Ersparnis abnehmen.

Das Fazit ist: Nulldefizite - selbst wenn sie nur über einen ganzen Konjunkturzyklus hinweg realisiert werden - machen die Finanzmärkte riskanter und instabiler und gefährden die Sparpläne der Privaten, insbesondere der Haushalte, die ja keine professionellen Finanzinstitutionen sind, sondern bloß auf sichere Art vorsorgen wollen.

## 8. Zum Abschluss: eine Relativierung

Man kann sich ruhigen Gewissens tatsächlich auf eine Politik des Budgetausgleichs über den Konjunkturzyklus hinweg einlassen. Doch müssen dafür gewisse Voraussetzungen erfüllt sein:

Die Staatsquote (Quote der Staatsausgaben am BIP) muss hinreichend hoch sein, damit der Staat seine Funktionen neben der Stabilisierung - Allokation und Verteilung - adäquat erfüllen kann.

Zur Erfüllung der staatlichen Stabilisierungsfunktion durch antizyklische Budgetpolitik ist ein mittelfristiges Wirtschaftswachstum Vorbedingung, das es erlaubt, allein mit dieser konjunkturstabilisierender Budgetpolitik die Arbeitslosenquote auf einem möglichst niedrigen Niveau zu stabilisieren. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, braucht es aber - unter anderem - zusätzliche Staatsnachfrage - finanziert durch eine höhere Abgabenquote oder mittelfristige Budgetdefizite.

Die Finanzmärkte müssen derart reguliert und stabilisiert sein, dass ein sinkender Anteil von sicheren Staatspapieren an den gesamten Finanzaktiva zu keiner Destabilisierung der Finanzmärkte zum Nachteil der risikoaversen SparerInnen führt.

Selbstverständlich haben Staatsschulden Zinszahlungen zur Folge und erzeugen - wie jede ökonomische Aktivität - Opportunitätskosten. Doch deshalb muss sich jedes Budgetdefizit, das natürlich per se die Staatsschulden erhöht, volkswirtschaftlich rechnen. Und wenn wir das nicht genau ausrechnen können, ist es demokratie- und wirtschaftspolitisch legitim, den unsicheren Teil der Entscheidungen durch ideologische Prinzipientreue auszufüllen. Das gilt bis zum ökonomischen Nachweis des Gegenteils.

## 9. Literatur

Barlevy, Gadi (2002), The Sullyng Effect of Recessions, in: *The Review of Economic Studies* (69), 1, 65-96

Blanchard, Olivier (2003), *Macroeconomics*, 3. Aufl., Upper Saddle River (NJ): Prentice Hall (Pearson Education)

Budd, Alan (2004), What Do Economists Know? In: *World Economics* (5), 3, 17-26

Crotty, James (2003), The Neoliberal Paradox: The Impact of Destructive Product Market Competition and Impatient Finance on Nonfinancial Corporations in the Neoliberal Era, in: *Review of Radical Political Economics* (35), 3, 271-279

de Hek, Paul A. (1999), On Endogenous Growth Under Uncertainty, in: *International Economic Review* (40), 3, 727-744

Domar, Evsey D. (1944), The "Burden of Debt" and the National Income, in: *The American Economic Review* (34), 798-827

- Etro, Federico (2004), Innovation by Leaders, in: *The Economic Journal* (114), April, 281-303
- Galor, Oded/Moav, Omer (2004), From Physical to Human Capital Accumulation: Inequality and the Process of Development, in: *Review of Economic Studies* (71), 4, 1001-1026
- Genser, Bernd/ Holzmann, Robert (2001), Öffentlicher Sektor: Finanz- und Sozialpolitik, in: Reinhard Neck et a. (Hg.), *Grundzüge der Wirtschaftspolitik Österreichs*, Wien: Manz-Verlag, 214-265
- Lerner, Abba P. (1943), Functional Finance and the Federal Debt, in: *Social Research* (10), Februar, 38-51
- Nowotny, Ewald (1996), *Der öffentliche Sektor. Einführung in die Finanzwissenschaft*, 3. Aufl., Berlin etc.: Springer-Verlag
- Pries, Michael J. (2004), Persistence of Unemployment Fluctuations: A Model of Recurring Job Losses, in: *The Review of Economic Studies* (71), 1, 193-215
- Ridderstrale, Jonas/Nordström, Kjell A. (2002), *Funky Business. Wie kluge Köpfe Kapital zum Tanzen bringen*, München: Financial Times - Prentice Hall (Pearson Education Deutschland)
- Røed, Knut (1997), Hysteresis in Unemployment, in: *Journal of Economic Surveys* (11), 4, 389-418
- Thomas, Ward F./Ong, Paul (2002), Barriers to the Rehiring of Displaced Workers: A Study of Aerospace Engineers in California, in: *Economic Development Quarterly* (16), 2, 167-178
- Weller, Christian E. (2003), Worker Rights and Financial Stability, in: *Review of Radical Political Economics* (35), 3, 287-295
- Zafirovski, Milan (2003), Measuring and Making Sense of Labor Exploitation in Contemporary Society: A Comparative Analysis, in: *Review of Radical Political Economics* (35), 4, 462-484